

Schmitt, Dieter

Article — Digitized Version

Ist die Energiekrise überwunden?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmitt, Dieter (1974) : Ist die Energiekrise überwunden?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 11, pp. 574-582

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134750>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ist die Energiekrise überwunden?

Dieter Schmitt, Köln

In diesen Tagen jährt sich die Ereignisse, die im Zuge des – vorläufig – letzten Nahost-Krieges zu der bisher ernstesten Bedrohung der Energieversorgung der westlichen Industrienationen geführt haben: Durch eine abgestimmte Reduzierung der Ölförderung um monatlich 5% und ein gleichzeitiges Embargo gegenüber den USA und den Niederlanden – so der Beschluß von Kuwait – sollten die politischen Ziele der arabischen Welt durchgesetzt werden.

Flexiblere Vorgehensweise

Die tatsächliche Produktionsdrosselung der arabischen Staaten, auf die sich 70% der Mineralölversorgung Westeuropas stützen, hatte in den ersten Kriegsmonaten das beschlossene Ausmaß noch übertroffen, als im November und Dezember vergangenen Jahres die Förderung um rund 20% zurückfiel. Die arabischen Staaten haben auf die sich schon bald durchsetzende Erkenntnis, daß die größte Wirkung des Einsatzes der Ölwanne mit einer entsprechenden Dosierung zu erreichen sei, erstaunlich flexibel reagiert. Sie normalisierten ihre Ölförderung in den ersten Monaten dieses Jahres wieder und hoben im März das Embargo gegenüber den USA und im Juli gegenüber den Niederlanden auf, obwohl die Zielsetzung des Beschlusses von Kuwait – völliger Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 – nicht erfüllt war. Die Gründe hierfür dürften einmal darin zu suchen sein, daß Mengenrestriktionen zuzüglich der inzwischen durchgesetzten enormen Ölpreissteigerungen für nicht durchsetzbar gehalten wurden oder zumindest unwägbare Risiken auch für die Förderstaaten beinhalteten, und zum anderen darin, daß man sich von einer flexiblen Vorgehensweise, mit der Nutzung der Ölwanne eher als

– ernstzunehmende – Drohung, größere Vorteile versprach und verspricht.

Gleichwohl führte die Ölpolitik der arabischen Förderstaaten zu einem Ausfall an Rohöllieferungen in die Bundesrepublik in Höhe von 7% im November (Basis Oktober), 12% im Dezember 1973 und 13% im Januar 1974. Die Fertigprodukteinfuhren, die bei einzelnen Produkten bis zu 40% (leichtes Heizöl) und insgesamt rund 30% des Bedarfs decken, fielen gleichzeitig um 8%, 21% und 32%. Dem flexiblen Einsatz eines Kriseninstrumentariums, das in seinen Grundzügen bereits vor Eintritt der Ölversorgungsprobleme erarbeitet worden war, vor allem aber dem Wirkenlassen des marktwirtschaftlichen Preismechanismus ist es zuzuschreiben, daß diese Versorgungsstörungen in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen Ländern – oder sogar auf deren Kosten? – ohne Bewirtschaftungsmaßnahmen überwunden werden konnten.

Entschärfung der Versorgungsprobleme

Aber nicht nur der Normalisierung der Ölimporte der arabischen Staaten und der Produktionsausweitung in den sonstigen Fördergebieten, die einen insgesamt leichten Produktionsrückgang in den arabischen Staaten im ersten Halbjahr 1974 zu kompensieren vermochte, sondern auch einer in dieser Höhe weltweit selbst von Experten kaum erwarteten Reaktion der Nachfrage auf die inzwischen eingetretene Entwicklung dürfte es zuzuschreiben sein, daß sich inzwischen die mengenmäßigen Versorgungsprobleme entschärft haben. So blieb der Mineralölverbrauch weltweit im ersten Halbjahr 1974 mit einem Rückgang um 7% beträchtlich (12%) hinter der noch vor Jahresfrist erwarteten Zunahme zurück. Die Entwicklung der Nachfrage nach Mineralölprodukten in der Bundesrepublik übertrifft mit – 10,5% in den ersten acht Monaten dieses Jahres noch den weltweiten Rückgang. Am stärksten rückläufig war in der Bundesrepublik mit – 18% der Inlandsabsatz von schwerem Heizöl; es folgten leichtes Heizöl mit

Dr. Dieter Schmitt, 35, ist geschäftsführender Assistent am Energiewirtschaftlichen Institut der Universität zu Köln.

– 13 %, Diesel mit – 10 % und Vergaserkraftstoffe mit – 4 %.

Zwar zeichnet sich in den letzten Monaten wieder eine gewisse Belebung der Nachfrage ab, und bei einzelnen Produkten wurden bereits wieder die Vorjahreswerte übertroffen; dennoch bleibt die Entwicklung des Verbrauchs von Mineralölprodukten in der Bundesrepublik weit hinter den gewohnten Zuwachsraten zurück. Selbst bei zum Jahresende steigendem Verbrauch dürfte damit für das gesamte Jahr 1974 der Ölverbrauch weit unter dem Ergebnis des Vorjahres zurückbleiben. Trotz einer zum Teil auf Sondereinflüsse zurückzuführenden starken Anhebung des Steinkohlenabsatzes, die nicht nur das Produktionspotential voll ausschöpfte, sondern auch die Halden weitgehend räumte, wird damit für 1974 mit einem leichten Rückgang des gesamten Energieverbrauchs zu rechnen sein, zumal auch Bereiche mit normalerweise überdurchschnittlichen Zuwachsraten wie die Elektrizitätswirtschaft sich einem gedämpften Nachfrageanstieg gegenübersehen. Ist mit dieser Normalisierung des Ölangebotes und der Anpassung der Nachfrage an die veränderte Situation die Mineralölversorgungskrise als überwunden anzusehen?

Keine endgültige Lösung

Zweifellos wäre es eine gefährliche Illusion, annehmen zu wollen, die Probleme einer quantitativ nicht ausreichenden Versorgung seien endgültig gelöst. Hier kann nur darauf verwiesen werden, daß die langfristige Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung, insbesondere aus alternativen Energiequellen, gewaltiger Investitionen, der Hinnahme gewisser Umweltbeeinträchtigungen und intensiver Forschung und Entwicklung bedarf, Voraussetzungen, die kaum als selbstverständlich unterstellt werden können. Zumindest auf mittlere Sicht bedarf es darüber hinaus aber auch der Bereitschaft und Fähigkeit der traditionellen Öllieferanten, die benötigten Ölmengen stets ausreichend zur Verfügung zu stellen.

Hier ist als besonderes Problem auf die zunehmende Erosion der internationalen Mineralölgesellschaften zu verweisen. Vor allem aber wird, solange nicht endgültig die Nahostfrage gelöst ist, die Gefahr erneuter politisch bedingter Lieferausfälle nicht auszuschließen sein. In diesem Zusammenhang verdient das zur Zeit konzipierte Beistandssystem für Krisenfälle Beachtung, in dem sich zwölf wichtige Verbraucherländer bei zukünftigen Versorgungskrisen gegenseitig unterstützen wollen. Dieses System hat seine Bewährungsprobe allerdings noch vor sich.

Gleichwohl wird man geneigt sein, die mengenmäßige Versorgungslage als entspannt anzusehen.

Bereits seit Monaten zeichnet sich sogar ein gewisser Mengenüberschuß ab, der zur Zeit auf 3–4 Mill. Barrel/Tag, d. h. etwa 10 % der gesamten OPEC-Förderung beziffert wird. Dieser Überschuß veranlaßte einzelne Länder dieser Organisation bereits zu einer Drosselung der Ölförderung, und er wirft für das „Kartell“ der ölexportierenden Länder inzwischen das schwierige Problem einer Erarbeitung und Durchsetzung von Förderrichtlinien auf, um das Ölpreinsniveau nicht zu gefährden.

Über die quantitativen Aspekte hinaus rücken jedoch mehr und mehr die gleichzeitig mit den Förderrestriktionen durch die OPEC durchgesetzten Preissteigerungen und die hiermit für die Realisierung der gesamtwirtschaftlichen Ziele in den Verbraucherstaaten verknüpften Probleme ins Bewußtsein. Diese Gefährdung gesamtwirtschaftlicher Ziele oder auch nur das subjektive Empfinden, das Erreichen dieser Ziele sei infolge der Ereignisse auf dem Energiemarkt in hohem Maße in Frage gestellt, vermag heute zweifellos weit eher den Begriffsinhalt „Energiekrise“ zu umschreiben. Dabei mag in vielen Fällen die Unsicherheit über die Auswirkung der Störgrößen die ohnehin ausgeprägte Ungewißheit und pessimistischen Zukunftserwartungen verstärken.

Den in der OPEC organisierten Ölexportländern ist es seit Herbst letzten Jahres gelungen, in mehreren Schüben Forderungen durchzusetzen, die zu einer Vervierfachung des Rohölpreises geführt haben. Hierbei muß allerdings zugestanden werden, daß die erste Preiserhöhung (um 70 %) bereits vor Beginn des letzten Nahostkrieges beschlossen worden war und letztlich die problemlose Durchführung dieser Preiserhöhung zu den weiteren Forderungen ermuntert hat.

Verdreifachung der Ölpreise

An dieser Stelle soll nicht näher auf die auch heute noch bestehenden schwerwiegenden Unterschiede der Rohölbezugsmodalitäten integrierter internationaler Mineralölgesellschaften einerseits und nicht integrierter nationaler Gesellschaften in den Verbraucherländern andererseits eingegangen werden. Dem Vernehmen nach ist ohnehin möglicherweise schon sehr bald mit einer grundlegenden Änderung des Preissystems zu rechnen, das diese Differenzen zumindest zum Teil abbaut. Als relevant in diesem Zusammenhang bleibt der Umstand, daß sich innerhalb Jahresfrist der gewogene Ölpreis frei Persischer Golf von etwas über 2,00 \$/Barrel auf über 9,00 \$/Barrel erhöht hat. Die Hoffnung auf eine generelle Senkung des Ölpreises hat sich bisher nicht erfüllt, obwohl einer der größten Anbieter, Saudi Arabien, offen hierfür eintritt. Es ist den Förderstaaten sogar mit einer Änderung ihrer

Taktik gelungen, ihre Einnahmen pro Einheit zu Lasten der Bezugskosten der internationalen Gesellschaften zu erhöhen. Einschließlich der Transportkosten hat diese Entwicklung zu einer Verdreifachung des Grenzübergangswertes geführt.

Die Ölgesellschaften haben konsequenterweise versucht, die Steigerung der Ölbezugskosten im Preis weiterzugeben. Je nach Produkt und Marktlage hat dies zu einem erheblichen Anstieg des Preisniveaus geführt. Die Verbraucherpreise einzelner Produkte, wie leichtes (+ 50%) und schweres Heizöl (+120%) sowie Rohbenzin (+ 300%), haben sich seit September 1973 bis zum Frühjahr dieses Jahres zum Teil mehr als verdoppelt, bei anderen Produkten, wie Vergaserkraftstoffe (+ 14%) und Diesel (+ 19%), wirkten sich die Steigerungen der Raffinerieabgabenpreise vor allem wegen des außerordentlich hohen Steueranteils im Endverbraucherpreis prozentual nicht so stark aus.

Zwar hat sich gezeigt, daß die Marktentwicklung die Durchsetzung von Preissteigerungen in der gewünschten oder von der Kostenentwicklung bestimmten Höhe nicht zuließ, so daß bei einzelnen Produkten bereits wieder Preiseinbrüche erfolgten und die Mineralölwirtschaft insgesamt das gegenwärtige Preisniveau als unbefriedigend bezeichnet. Gleichwohl liegen die Preise für Mineralölprodukte auch heute noch um mehr als zwei Drittel über dem Niveau vom Herbst 1973. Gleichzeitig haben die Preissteigerungen im Mineralölbereich inzwischen zu einem erheblichen Anstieg des gesamten Energiepreisniveaus geführt.

Weitere Preisauftriebstendenzen

Neben den direkten Wirkungen des Anstiegs der Mineralölpreise auf das allgemeine Energiepreisniveau liegen indirekte Wirkungen vor. Das Mineralöl ist einmal selbst Kostenfaktor für bestimmte Energieträger (wie Strom oder Fernwärme), zum anderen liegt beim Erdgas eine Bindung über Gleitklauseln an den Ölpreis vor, und schließlich sind durch den Ölpreisanstieg Preisspielräume geschaffen worden, die ausgenutzt wurden (Steinkohle).

Auf der anderen Seite wäre es jedoch falsch, den Anstieg des Energiepreisniveaus ausschließlich auf die Rohölpreisentwicklung zurückzuführen. Zweifellos kommt diesem Faktor aber das größte Gewicht zu. Es ist jedoch nicht zu verkennen, wenn auch kaum zu quantifizieren, daß auch andere Preisauftriebstendenzen wirksam sind, die zum Teil schon längerfristig gelten: Anzuführen sind hier einmal Kostensteigerungen, die von verstärkten Umweltschutzansprüchen auf das Energiepreisniveau einwirken. Zum anderen sind die Auswirkungen des gerade in den letzten Jahren

sich weltweit verstärkenden inflatorischen Preisanstiegs für Investitionsgüter zu nennen, die die kapitalintensive Energiewirtschaft besonders treffen.

Die Energienachfrage reagierte auf die Preiserhöhungen flexibler als zunächst erwartet. Neben einer Substitution von besonders stark im Preis gestiegenen Energieträgern durch andere, deren Preise relativ konstant geblieben waren, liegen deutliche Anzeichen für eine allgemein sparsamere Verwendung von Energie vor. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß ein Teil des Energieverbrauchsrückgangs einzelner Energieträger auf administrative Maßnahmen zurückgeführt werden kann, die wie Sonntagsfahrverbot, Geschwindigkeitsbegrenzung bzw. Richtgeschwindigkeit zur Überwindung der Mengenverknappung zu Beginn dieses Jahres erlassen worden waren.

Für die Verbrauchsentwicklung insgesamt sind zweifellos jedoch auch Faktoren wirksam geworden, die kaum oder allenfalls nur teilweise auf die Entwicklung im Mineralölbereich zurückgeführt werden können. Hierzu zählen einmal die außerordentlich milde Witterung zu Beginn dieses Jahres, der sich bereits im Herbst 1973 abzeichnende Konjunkturrückgang, der allerdings ebenfalls wie bereits vor Beginn der Krise vorhandene strukturelle Anpassungsprozesse in einzelnen Branchen durch die Entwicklung im Mineralölbereich verstärkt werden dürfte, sowie schließlich auch Überreaktionen der Nachfrage auf mehr vermeintliche denn tatsächlich eingetretene Schwierigkeiten im persönlichen Bereich des einzelnen Konsumenten. Trotzdem wird man – insbesondere unter längerfristigem Aspekt – nicht unbeträchtliche Anpassungsprozesse als Konsequenz der veränderten Energiesituation unterstellen können.

Auswirkungen auf die Geldwertstabilität

Im Augenblick bleibt der Umstand relevant, daß die Energiepreisentwicklung in eminenten Weise die Realisierung gesamtwirtschaftlicher Zielvorstellungen gefährden kann, und zwar vor allem die wirtschaftliche und soziale Stabilität sowie die Wohlfahrt in den Verbraucherländern. Hiermit sind vielschichtige Problemzusammenhänge angesprochen, die an dieser Stelle nur angedeutet, aber kaum ausdiskutiert werden können. In vielen Fällen ist sogar davon auszugehen, daß angesichts der Vielfalt der Wirkungszusammenhänge und der möglichen sich kompensierenden oder aggregierenden Wirkungen eine eindeutige und schlüssige Aussage nicht möglich ist. Die Notwendigkeit, eine lediglich statische Betrachtungsweise zugunsten einer Problemsicht aufzugeben, die Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte wie des politischen Bereichs einbezieht, kompliziert zusätzlich die Materie.

Diese Probleme zeigen sich bereits deutlich bei dem Versuch, die Auswirkungen des Ölpreisanstiegs auf die Geldwertstabilität zu beschreiben: Werden bei geringer Preiselastizität der Nachfrage Ölpreissteigerungen und hiervon beeinflusst auch sonstige Energiepreissteigerungen an den Verbraucher weitergegeben, so resultiert hieraus ein Inflationsschub. Diese Wirkung kann aber eventuell – teilweise – kompensiert werden, wenn die wirksame Gesamtnachfrage konstant bleibt (oder, wie gegenwärtig feststellbar, bei zunehmender Sparquote sogar sinkt) und der Nachfrageausfall bei anderen Gütern zu Preissenkungen oder einer Dämpfung des Preisauftriebs führt. Andererseits ist jedoch auch eine Entwicklung vorstellbar, die insbesondere bei Vorliegen von Marktunvollkommenheiten Preissenkungen verhindert. Führt der Ölpreisanstieg zu einer Nachfrageverlagerung auf bestimmte weniger energieintensive Produkte, so mag diese Entwicklung schließlich ebenfalls einen Preisauftrieb induzieren. Nicht zuletzt wird auch die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik von Bedeutung sein, je nachdem, ob sie kompensierend oder inflationsverstärkend wirkt.

Generell ist anzunehmen, daß die Auswirkungen des Ölpreisanstiegs eher kurzfristig und – nunmehr Preiskonstanz unterstellt – einmalig sind. Auswirkungen auf andere gesamtwirtschaftliche Ziele hingegen werden erst mittel- und längerfristig, dann aber um so nachhaltiger auftreten. Hierzu zählen Beschäftigungswirkungen, die über diejenigen hinausgehen, die die von der Ölpreisentwicklung mitbeeinflusste gegenwärtig unzureichende Ausnutzung unseres Produktionspotentials mit sich bringt, und zwar solche, die bei nicht kompensierten Änderungen der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur zu erwarten sind. Dies könnte sich z. B. als Ergebnis einer nachlassenden Nachfrage nach einzelnen Gütern, die von energiepreisbedingten Kostensteigerungen besonders betroffen sind und/oder die in Zukunft günstiger an anderen Standorten in der Welt – nicht zuletzt in Ölförderstaaten – produziert werden können, ergeben. Ob und inwieweit diese Prozesse tatsächlich eintreten, ist zur Zeit völlig offen. Auch dürfte hierbei zu berücksichtigen sein, daß von der wirtschaftlichen Entwicklung der Ölförderstaaten und einer hiermit verknüpften zusätzlichen Nachfrage nach Investitionsgütern kompensatorische Effekte auf die Beschäftigung ausgehen können. Hierbei könnten allerdings Friktionen entstehen.

Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz

Eines der gegenwärtig wichtigsten Probleme stellt der Komplex Auswirkungen des Ölpreisanstiegs auf die Zahlungsbilanz dar. Es wurde bereits des

öfteren dargelegt, welche zusätzlichen Einnahmen den Ölförderstaaten in den nächsten Jahren zufließen werden – einer Schätzung der Weltbank zufolge bis zum Jahre 1980 600 Mrd. \$. Ein besonderes Problem stellt die mangelnde Absorptionsfähigkeit eines großen Teils der Lieferländer für Güter aus den Ölverbraucherländern dar. Daran dürfte sich angesichts der sozio-ökonomischen Struktur in den wichtigen Exportländern, und zwar insbesondere in Saudi-Arabien, Kuwait, Libyen und den Golf-Scheichtümern, auch bei intensiven Entwicklungsbemühungen so schnell nichts ändern.

Auf der anderen Seite erweist sich eine Abschätzung des Aufnahmevermögens der Ölförderländer jedoch im Moment deshalb als besonders schwierig, weil viele Länder erst begonnen haben, auf die veränderte Einkommenssituation abgestellte Entwicklungspläne zu konzipieren. Entscheidend dürfte auch sein, inwieweit es den Industrieländern gelingt, attraktive Entwicklungsmodelle anzubieten. Dennoch geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß aus der Ölpreisverteuerung zumindest in den nächsten Jahren für die Zahlungsbilanzen der Verbraucherländer erhebliche Leistungsbilanzbelastungen resultieren werden, die in den meisten Fällen die Leistungsbilanzen passivieren oder schon vorhandene Defizite noch erhöhen. Da auf der anderen Seite einer Kreditgewährung an andere OPEC-Staaten – mit relativ geringen Öleinnahmen und einem hohen Kapitalbedarf wie z. B. Algerien – oder Entwicklungsländer Grenzen gesetzt sein dürften, suchen die nicht für Importe benötigten Öleinkünfte der Förderstaaten eine entsprechende Anlage in den industrialisierten Ölverbraucherländern.

Gefahr des Protektionismus

Hierbei ergeben sich dadurch Probleme, daß einer Anlage in Immobilien oder Unternehmen außerordentlich enge, politisch bedingte Grenzen gesetzt sind und daß die Ölförderländer bei Finanzanlagen einerseits einige wenige Länder wie die USA, die Schweiz und die Bundesrepublik bevorzugen, nicht dagegen die chronischen Defizitländer mit ihrem weit höheren Bedarf, und andererseits bisher lediglich kurz- und mittelfristige Anlageformen akzeptieren. Die Probleme der Bundesrepublik stellen sich damit angesichts ihres auch in diesem Jahr hohen Leistungsbilanzüberschusses, ihrer Devisenreserven und Kreditwürdigkeit als nicht besorgniserregend dar. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß die zu erwartende drastische Verschlechterung der Zahlungsbilanz der Gesamtheit aller westlichen Ölverbraucherländer außerordentlich ernste Probleme aufwirft, die überhaupt nicht mit den traditionellen

Instrumenten und Institutionen gelöst werden können. Hierbei scheidet insbesondere die Abwertung aus, da sie einmal die notwendigen Importe weiter verteuern würde und zum anderen angesichts der geringen Preiselastizität der Importe der Ölstaaten keine wesentliche Erhöhung der Güterimporte in diese Länder zu erwarten wäre.

Diese Erkenntnis scheint sich inzwischen in allen Industrieländern durchgesetzt zu haben. Dennoch ist nicht auszuschließen, daß sich die Verhältnisse für einzelne Länder soweit verschlechtern, daß ihnen kein anderer Ausweg zu bleiben scheint, als ihr Heil in Abwertung oder Protektionismus zu suchen. In diesem Falle könnte eine Kettenreaktion einsetzen, die die Verhältnisse in letztlich allen Ölimportländern und nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik entscheidend verschlechtern würde. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, möglichst schnell Mechanismen zu entwickeln, die es gestatten, die riesigen Ölgelder wieder in die Ölimportstaaten zurückzuschleusen und langfristig anzulegen, um der Gefahr kurzfristiger Kapitalverlagerungen zu begegnen. Angesichts der Größenordnung dieser Probleme kommen hierfür nur multilaterale Lösungen in Frage.

Schließlich sei auf eine letzte und meines Erachtens die entscheidende gesamtwirtschaftliche Konsequenz des Ölpreisanstiegs verwiesen, die insbesondere unter langfristigen Aspekt mehr und mehr bewußt werden wird: Die Umverteilung der Ansprüche an das Weltsozialprodukt zugunsten der Öl exportierenden Staaten. Hierdurch werden nicht nur erhebliche Verschiebungen in den Weltmachtstrukturen zu erwarten sein, sondern auch wachsende Verteilungskämpfe zwischen einzelnen Verbraucherstaaten und innerhalb der einzelnen Staaten zwischen den verschiedenen Gruppen, die alle einmal erworbene Positionen verteidigen und die Last der Inanspruchnahme von Teilen unseres Sozialprodukts durch die Ölförderstaaten den anderen Gruppen zuschieben werden. Diese Probleme mögen sich verstärken, wenn in Zukunft die aus den Kapitalanlagen abfließenden Zinsen die Aufwendungen für die Ölimporte noch erhöhen werden und wenn nicht mehr so hohe Wachstumsraten realisiert werden können wie in der Vergangenheit.

Gemeinsame Lösungsstrategien

All diese Überlegungen legen es für die Verbraucherländer nahe, gemeinsam mit den Förderstaaten Lösungsansätze für die anstehenden Probleme zu suchen. Hierbei scheint es notwendig, sich grundsätzlich der Tatsache bewußt zu sein, daß nicht alle sich heute abzeichnenden Probleme auf die Ölpreisentwicklung zurückzuführen sind. In

vielen Fällen ist es die mangelnde Fähigkeit und Flexibilität unseres Systems, sich auf die veränderte Situation einzustellen, darüber hinaus aber sicherlich auch die mangelnde Bereitschaft der Importstaaten, die Veränderungen zu akzeptieren. Dies muß auch den Förderstaaten in wachsendem Maße bewußt werden und eine entsprechende Anpassung ermöglichen. Dabei sollten gemeinsame Lösungsstrategien sich um so leichter verwirklichen lassen, als beide Seiten aus einer harmonischen Entwicklung Vorteile ziehen würden. Auch die Ölförderstaaten können nicht an größeren Schwierigkeiten in den Industrieländern interessiert sein, zumal sie vorerst einen erheblichen Teil ihrer Einnahmen in diesen Ländern anlegen werden müssen bzw. mit ihrer Hilfe sich wirtschaftlich entwickeln wollen.

Aus diesen Gründen wird eine Lösung der vom Energiebereich ausgehenden Probleme vorwiegend im Bereich der Außenpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu suchen sein. Das in diesen Tagen vorgelegte fortgeschriebene Energieprogramm der Bundesregierung macht dies deutlich. Angesichts eines mittelfristig begrenzten energiepolitischen Spielraumes ist es von dem Versuch geprägt, die Abhängigkeit von Mineralölimporten zu reduzieren. Es weist lediglich mit längerfristig ausgelegten Forschungsvorhaben Möglichkeiten zur grundlegenden Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf, die vom Energiebereich ausgehen. Angesichts der Tragweite der Probleme für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik, die sich auf absehbare Zeit ergeben werden, stellt sich allerdings die Frage, ob die bisherigen und die auch im Energieprogramm zum Ausdruck kommenden geplanten Anstrengungen ausreichen.

Positive Aspekte

Auf der anderen Seite sollten wir erkennen, daß die Lösung der anstehenden Probleme wenigstens zum Teil in unsere eigene Hand gelegt ist. Von den inzwischen eingetretenen Veränderungen auf dem Energiesektor können langfristig auch positive Entwicklungen für unsere Volkswirtschaft ausgehen. Dies gilt nicht nur für die Anstöße zur Entwicklung neuer Energieträger, die die vorhandene Palette ergänzen, für energiesparende Technologien und eine umweltschonendere Produktionsstruktur unserer Wirtschaft, sondern auch für die Ingangsetzung struktureller Anpassungsprozesse als Grundlage eines neuen Wirtschaftswachstums und für die Entwicklung der Ölexportländer zu attraktiven Handelspartnern der Industrienationen. Sollte jedoch die Lösung der heute weltweit anstehenden Probleme nicht gelingen, ist zu befürchten, daß die „Energiekrise“ bisher noch gar nicht begonnen hat.